

Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verfocht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 13 (1918)
Heft: 3

Artikel: Warum sollen die Bolschewiki siegen?
Autor: Kollontay, Alexandro
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351531>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Frauenwahlrecht in Oesterreich.

Das österreichische Gemeindevahlrecht soll gesetzlich neu geregelt werden. Diesen Anlaß nützen die Genossen und Genossinnen kräftig aus, um den Frauen die politische Gleichberechtigung zu erkämpfen. Zu diesem Zwecke haben der Abgeordnete Oswald Sildesbrand und Genossen im österreichischen Reichsrat einen Antrag zu Artikel 1 und 2 des Gesetzentwurfes eingebracht betreffend die Zuerkennung des aktiven und passiven Reichsratswahlrechtes an die Frauen. Es heißt unter anderem in der Begründung:

„Gewaltige politische Umgestaltungen müssen dem Kriege folgen. Das Recht der Völker, ihr Schicksal selbst zu gestalten, das Recht auf Demokratie kann unmöglich länger verweigert werden. Die Geheimdiplomatie mit ihren gefährvollen Künsten und Listen muß weichen. Im Wege öffentlicher Verhandlungen werden die Völker ihr Verhältnis zu einander bestimmen, von Volk zu Volk werden künftige Verträge abgeschlossen werden. Damit wächst die Bedeutung der Parlamente weit über ihr heutiges Maß hinaus, es wächst aber auch das Interesse aller Teile des Volkes und damit das Interesse der Frauen, teilzunehmen an dem Rechte, die Zusammensetzung der Volksvertretung und damit deren Beschlüsse zu beeinflussen. Als werkschaffende Glieder der Gesellschaft, als Staatsbürgerinnen, als Mütter und Erzieherinnen der künftigen Generation, haben sie Anspruch auf politische Geltung. Das Wahlrecht darf den Frauen fernerhin nicht vorenthalten werden.

Längst haben andere Länder dieser gebieterischen Forderung der Zeit entsprochen. Eine große Anzahl amerikanischer Staaten, die australischen Kolonien, ferner Neuseeland, Finnland und Norwegen haben schon vor dem Kriege den Frauen das aktive und passive Wahlrecht, England, Schweden, Rußland und andere Staaten haben ihnen ein volles oder doch wenigstens ein eingeschränktes Kommunalwahlrecht zuerkannt. Der im Kriege machtvoll erstarkte Drang zur Demokratie brachte den Frauen die politische Gleichberechtigung in England, Dänemark, Rußland und Kanada, in Frankreich und Holland das Wahlrecht für Stadt und Gemeinde, selbst Ungarn ist daran, einem Teile seiner Frauen das Reichstagswahlrecht zu gewähren und damit prinzipiell die Unerläßlichkeit der Zuerkennung politischer Rechte an die Frauen zu dokumentieren. Überall bricht sich das Frauenwahlrecht Bahn. Der Gleichberechtigung der Frau, die andere Staaten gesetzlich festlegen, darf Oesterreich nicht die politische Achtung und Rechtfertigung der Frau entgegenstellen. Nicht länger darf gezögert werden, es gilt, auch in Oesterreich das alte Unrecht zu stürzen.

Was für Oesterreich als Unrecht gebrandmarkt wird, bildet geradezu eine Schande für unser Land, das sich rühmt, die älteste Republik Europas zu sein.



Warum sollen die Bolschewiki siegen?

Zu unserer Freude bringen wir den Lesern einen Original-Artikel der Genossin Alexandra Kollontaj, russische Volkskommissarin; sie hat die Abteilung für Volkswohlfahrt zu verwalten und leistet wertvolle Dienste. Wie uns berichtet wird, sind im Smolny (Sitz der revolutionären Regierung) mehr wie die Hälfte der dort Tätigen Genossinnen. In der nächsten Nummer unseres Blattes bringen wir in einem weiteren Artikel die russischen Ereignisse bis Anfang März.

Das große, das vielersehnte Ereignis, welches gleichzeitig uns wissenschaftlichen Marxisten immer als unvermeidlich erschien und doch eher als ein Ideal, als eine nahe Realität betrachtet wurde, ist jetzt zur Wirklichkeit geworden.

Das russische Proletariat, mit Hilfe bewaffneter Soldaten, die auch nur Proletarier oder Kleinbauernkinder sind,

hat die Staatsmacht für die Arbeiterklasse erworben. Das erstmal in der Geschichte der Menschheit stehen am Staatsruder nicht die Vertreter des Kapitals, der Bourgeoisie, sondern die Avantgarde des kämpfenden Proletariates, die Mitglieder des linken Flügels der russischen Sozialdemokratie, die Bolschewiki. Seit der ersten Februar-März-Revolution in Rußland war es den Bolschewiki klar, daß der heftige Zusammenstoß zwischen der Arbeiterklasse, die von den ausgehungerten Kleinbauern und den vom Kriege totmüden Soldaten unterstützt sein würde, und zwischen der ganzen bürgerlichen Klasse in Rußland unvermeidlich sein wird. Die Februar-März-Revolution hatte nur den Zarismus beseitigt und nur die ganz allgemeinen politischen Freiheiten, die jede liberale bürgerliche Regierung duldet (Versammlungs- und Pressefreiheit, Koalitions- und Vereinigungsrecht) erreicht. Der alte bürokratisch-bürgerliche Geist aber, der das Leben Rußlands beherrschte, blieb unberührt. In allen Ministerien blieben die alten Beamten, das Leben wurde nach alten Gesetzen und Normen geregelt, nur daß die früheren Monarchisten sich dann als treue Diener erst von Miljukow und Gutschkow, später von Kerensky und Tereschtschenko erwiesen haben.

Die Großkapitalisten und Großindustriellen Rußlands glaubten, daß mit der Märzrevolution alle Gefahren überwunden sind und daß die Kapitalisten in Rußland nach dem Sturz des Zarismus freies Feld erhalten haben, um aus Rußland eine rein kapitalistische Republik zu gestalten, nach dem Muster von Nordamerika, wo die Kapitalmagnaten die ganze Staatsmacht unter ihren festen Händen haben. Noch im Sommer 1917 feierte die russische Bourgeoisie ihren Sieg und versuchte durch listige Politik und Machinationen, besonders durch das Koalitionsministerium, ihre Stellung zu stärken und die Macht der Sozialisten zu schwächen, indem sie die schwankenden Sozialpatrioten wie Beretelli, Lebernow, Awksentjew durch den Anteil an der Regierung korrumpierten.

Zu der Zeit gab es in Rußland nur eine Partei, die vom Ausbruche der Märzrevolution und bis zum heutigen Tage dieselbe negative Stellung zur imperialistisch-bürgerlichen Politik der Kadetten und Sozialpatrioten einnahm, das waren die Bolschewiki. Noch im April haben die Bolschewiki die Losung: „Die volle Staatsmacht an die Sowjets (Arbeiter- und Soldatenrat)“ verteidigt und wiederholt betont: der Krieg soll beendet werden, aber sein Ende kann nur durch revolutionären Umsturz der bürgerlich-kapitalistischen Regierung stattfinden. Also, wer für den Frieden kämpfen will, soll auch gleichzeitig und sogar zu allererst für die Eroberung der Macht kämpfen. Je entschlossener die Bolschewiki für diese Losungen eintraten, desto schärfer wurden sie von den Feinden, den Kadetten und ihren sozialistischen Lakaien, den Sozialpatrioten angegriffen. Aber die große, historische Arbeit der Bolschewiki ging ungestört weiter.

Die Bolschewiki vollbrachten nicht allein negative Arbeit, indem sie unermüdlich den Sozialpatriotismus anstürmten und die ganze schädliche Politik des Imperialismus innerhalb und außerhalb Rußlands kritisierten und niederrissen, sondern mit Eifer und stoischer Ausdauer versuchten sie eine Basis der revolutionären Arbeiterbewegung aufzubauen, die sich auf Massenaktion stützt und vor offener, bewaffneter Revolte nicht zurückschreckt.

Großartige Gewerkschaften mit 100—200,000 Mitgliedern (Metallarbeiter, Textilarbeiter, Holzarbeiter usw.) entstanden in Petrograd, Moskau und ganz Rußland. Arbeiter- und Soldatenklubs mit eigenen Bibliotheken, Lehrkursen, billige Mittagsstische usw., sowohl wie eine 50,000 Mitglieder umfassende sozialistische Jugendbewegung entstand unter der Direktion und Leitung der Bolschewiki. Auch wurde mit besonderem Eifer an der Front, zwischen den Soldaten gearbeitet, um den Geist des Internationalismus auch da zu befestigen. Millionen von Flugblättern, die die Kriegsfrage vom Standpunkte des internationalen Sozialisten behandelten, wurden an der Front verteilt. Volks-

versammlungen, Kongresse und Konferenzen, von Bolschewikis geleitet, arbeiteten in derselben Richtung. Aber wenn auch die Bolschewiki die Oktoberrevolution durch aktive Propaganda und Organisationsarbeit vorbereitet haben, so soll man doch nicht unterschätzen, daß das Hauptmotiv dieser zweiten Revolution doch in den objektiven Verhältnissen lag.

Die Februarrevolution hatte keinen von den Gründen beseitigt, die die erste Revolution zum Leben riefen: Krieg, Teuerung, Hungersnot und tatsächliche Herrschaft der Bourgeoisie wirkten ungehindert weiter.

Seit den Julitagen wurde eine reaktionäre Tendenz in der Politik der Bourgeoisie (der Kadetten) immer ausgeprägter. Arbeiterblätter werden verboten, Bolschewikis verhaftet, die Todesstrafe für Soldaten wieder hergestellt. Dann kommt der berühmte General Kornilow und das Kadettenführerkomplot. Seit September schwebt in der Luft ein wachsendes Zeichen der sich zuspitzenden und nahenden Kämpfe zwischen revolutionärer Demokratie und liberaler Bourgeoisie. Es handelte sich um die Frage: wem soll das republikanische Rußland gehören: den Kapitalisten oder der Arbeiter- und Kleinbauernschaft? Die vom Kriege totmüden Soldaten schlossen sich immer enger und enger den Bolschewiki an. Immer arroganter wurde die Haltung von Kerenskys Ministerium. Diktatur der bürgerlichen Parteien oder Kampf um die Diktatur des Volkes, so stand die Frage, als der zweite Kongreß der Arbeiterräte in Petrograd am 25. Oktober (alten Stiles) zusammentrat. Ohne großen Kampf, ohne ungeheures Blutvergießen erhielt das Volk die Oberhand — die Arbeiterräte nahmen die Macht in ihre Hände. Keine Soldaten, keine Matrosen, keine Arbeiter standen der Kerenskyregierung bei. Nur vereinzelte Gruppen, besonders der bürgerlichen Schicht unterstützten die provisorische Regierung. Es war ein erhabener Moment, als im Kongreß der Räte Genosse Trotzky es feststellte: „Das Erwünschte und Ersehnte ist geschehen — die Staatsmacht ruht in den Händen der revolutionären Demokratie, d. h. der Arbeiter und Kleinbauern, der Soldaten und Matrosen.“ Und, wie es vorgeesehen war, die erste Aktion der reinsozialistischen Regierung war — eine Friedensdeklaration zu erlassen.

Sofort auch setzten sich die sozialistischen Volkskommissäre ans Werk, das Programm der Arbeiterklasse zu verwirklichen. Ein neuer Geist weht durch die Luft. Alle alten bürokratischen Traditionen werden weggelegt. Selbstverwaltung und das Prinzip der Wählbarkeit eines jeden Beamten, eines jeden Funktionärs, sogar in der Armee (sogar Kommandeure werden von den Soldaten erwählt und ernannt) beherrschen soeben das russische Leben. Eifrig, fieberhaft versucht die neue sozialistische Regierung der Arbeiter und Kleinbauern, die in Trümmer geratene Volkswirtschaft Rußlands, seine Finanzen und seine Indurstrie wieder aufzubauen. In dieser kurzen Zeit, einem Monat der Herrschaft, ist schon viel Neues geschaffen. Und es wäre noch mehr getan, wenn die Bourgeoisie, die voll Haß und Empörung gegen die Herrschaft des „Vöbels“ auftritt, nicht alle Mittel ins Werk setzte, um die Arbeit des Aufbaues zu hindern. Charakteristisch ist die berühmte Sabotage der Beamten in allen Ministerien, in allen Staatsanstalten, bis zu den Schulen und Lazaretten. Lehrer, Ärzte, Journalisten — alle intellektuellen Kräfte marschieren gegen die Arbeiter, gegen die sozialistische Regierung. Sobald ein Volkskommissär sein Amt antritt, verlassen die Beamten als richtige, geschulte Streiker, ihren Posten und das Ministerium oder irgendwelche Staatsanstalt bleibt leer! Viele Schulen und Hospitäler mußten geschlossen werden zufolge des Streiks des Lehrer- und Arztpersonals. Unglückliche alte Männer und Frauen, arme Waisenfinder werden aus dem Heime, wo sie erhalten wurden, ohne weiteres von dem Beamtenpersonal herausgeworfen, weil die Beamten kein Geld für die Erhaltung der Heime von einer sozialistischen Bolschewikiregierung nehmen wollen! Dester, beim Ver-

lassen des Ministeriums, nehmen die Beamten nicht nur alle Geschäftspapiere mit, sondern auch die Schlüssel von der Geldkasse! Soll man staunen, daß die sozialistische Regierung einen derartigen unerhörten Vorkott und Sabotage, die unschuldige Gesellschaftsmitglieder am schwersten trifft, mit strengen Maßregeln gegen die Kadetten und Liberalen beantwortet? Und doch mitten in all diesen Schwierigkeiten geht die Aufbauarbeit seitens der Bolschewikiregierung weiter. Tiefgreifende soziale Reformen werden durchgeführt. Für die ärmste Bevölkerung wird gesorgt. Die invaliden Soldaten werden unter speziellen Schutz genommen, gegen Arbeitslosigkeit wird gekämpft. Die Justiz und das Gerichtswesen wird reformiert, der Spekulation Grenzen gesetzt. Das Schulwesen mit Sorge und Liebe behandelt, Wohnungsnot gelindert.

Ist es ein Wunder, bei einer derartigen Politik, die die Interessen der Masse der Bevölkerung vertritt, daß die sozialistische Regierung zwei ganz verschiedene Beurteilungen trifft: Haß, Verleumdung, Entrüstung seitens der ganzen bürgerlichen Klasse; Bewunderung, treue Hingabe und entschlossene Verteidigung seitens der Arbeiter, der Soldaten, der Matrosen, der Kleinbauern?

Die revolutionäre Demokratie versteht und fühlt es deutlich, daß die Bolschewikiregierung der richtige Ausdruck des neuen demokratischen Rußlands ist. Entweder wird aus Rußland eine bürgerlich-kapitalistische Republik werden, wenn die Kadetten ans Ruder gelangen würden oder wird Rußland tatsächlich zu einer rein demokratischen Republik sich gestalten, wo die Proletarier das Leben beherrschen werden und neue Formen der Wirtschaft und der sozialen Beziehungen allmählich schaffen. Jetzt, bei der Einberufung der Konstituante, wird der Kampf zwischen der bürgerlichen kapitalistischen Welt und der Proletarierklasse wieder akut und entscheidend. Aber wie dieser Kampf auch enden möge — eins ist fest: die Lösung — Diktatur des Proletariats ist jetzt, nach der Oktoberrevolution, in Rußland keine Utopie mehr, sondern eine Realität, mit der die bürgerlichen Klassen aller andern Länder zu rechnen haben werden. Der große Kampf um die Befreiung des Proletariats vom Joch des Kapitalismus ist durch die russische Revolution nun eben begonnen worden. Es ist im Interesse der Proletarier aller Länder, daß bei dem neuen Ringen zwischen der revolutionären Demokratie in Rußland und den Kadetten jetzt vor dem Antritt der Konstituante die Bolschewiki den vollen Sieg erhalten.

Kein einziger Kadette, kein Vertreter der kapitalistischen Interessen soll Platz in der Konstituante haben! Im Palais von Lauris sollen das Proletariat und die Kleinbauern das große Werk, das in Smolna begonnen hat, zum siegreichen Ende bringen. Nur dann gibt es ein Ende des Krieges, nur dann bekommt der Weltimperialismus einen tödlichen Schlag!

Alexandro Kollontaj.

Arbeiterfrauen, Arbeitermädchen, Proletarierinnen! Zieht die Ruhanwendung aus dem Gehörten, aus dem Gelesenen. Schafft euch weitere Aufklärung. Befundet eure Solidarität mit der arbeitenden Klasse durch den Eintritt in die sozialdemokratische Partei, in den Berufsverband, die Gewerkschaft. Sollte der sozialdemokratischen Partei eures Wohnortes noch keine Frauengruppe angegliedert sein, so wird durch eure Mithilfe rasch eine solche gegründet werden. Als Mitglied erhaltet ihr regelmäßig diese Zeitung unentgeltlich zugesandt.

Wer nicht weiß, wohin sich wenden, um der Partei, der Gewerkschaft beizutreten, melde sich direkt beim

Zentralen Agitationsausschuß soziald. Frauen der Schweiz,
Hallwylstraße 58, Zürich 4.
